

Frauenpolitische Wahlprüfsteine zur Kommunalwahl in Bielefeld 2020 Frauen macht Zukunft. Für eine geschlechtergerechte Stadt

Gleichstellung von Frauen ist eine der zentralen Herausforderungen in der Stadt, um das Leben zukunftsorientiert und gerecht zu gestalten, damit Frauen und Männer auf dem gesamten Lebensweg die gleichen Chancen erhalten:– persönlich – familiär – beruflich – zivilgesellschaftlich.

Hier die **Stellungnahmen und Antworten** der Oberbürgermeisterkandidatin für **BÜRGERNÄHE** und **PIRATEN Gordana Rammert**.

1. Vereinbarkeit von Beruf, Familie, Pflege und Care-Arbeit

- **1.1. Wie bewerten Sie das Angebot zur Unterstützung der Vereinbarkeit von Beruf, Familie, Care-Arbeit und insbes. Pflege für berufstätige Bielefelder*innen? Welche Maßnahmen/Initiativen plant Ihre Partei zu diesem Thema? Wie sollen auch pflegende Angehörige konkret entlastet werden?**

Gerade für Alleinerziehende und pflegende Angehörige (überdurchschnittlich oft weiblich) gibt es nur wenig direkt wirkende Entlastungsmöglichkeiten. Die aktuellen Angebote sind nur unzureichend und auch oft nur wenig bekannt. Wir wollen die Einführung eines kombinierten Care-Points im Erdgeschoss des Rathauses, um dort eine Anlaufstelle für Menschen zu bieten, die regelmäßig Care-Arbeit leisten – und um gleichzeitig das aus Spargründen geschlossene Kinderrathaus wieder zu eröffnen. Hier sollen sie ihre Anliegen vorbringen können. Kompetente Ansprechpartner*innen sollen Fragen beantworten können, und falls erforderlich, auch weitergehende Unterstützungsmöglichkeiten eruieren. Wer sich jeden Tag „zum Wohle der Familie“ einsetzt, soll sich nicht auch noch durch den Behördendschub kämpfen müssen.

- **1.2. Was werden Sie konkret tun, um bei der Flexibilisierung der Arbeit die Gleichstellung der Geschlechter zu forcieren?**

Im Bereich der städtischen Verwaltung und der städtischen Eigenbetriebe sowie deren Tochterunternehmen ist dieses Anliegen (hoffentlich) bereits weitgehend umgesetzt. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf wird im öffentlichen Dienst schon seit längerer Zeit weitgehend versucht zu ermöglichen. Für Betriebe und Unternehmen außerhalb der städtischen Einflussmöglichkeiten gibt es auf kommunaler



Ebene leider nur geringe Möglichkeiten um diese Entwicklung zu forcieren. Der Arbeitskräftemangel vor der Coronakrise hat allerdings auch in den Betrieben diesbezüglich neue Perspektiven eröffnet.

- **1.3. Wo sehen Sie Möglichkeiten, Unternehmen in Bielefeld bei der Umsetzung einer guten Vereinbarkeit von Beruf, Familie, Pflege und Care-Arbeit für ihre Beschäftigten zu unterstützen? Planen Sie Netzwerke zu bilden, um hierzu Impulse zu setzen?**

Das Bielefelder Bündnis für Familien vergibt jährlich Preise für Unternehmen, die sich durch besondere Familienfreundlichkeit auszeichnen (<https://www.bielefeld.de/de/biju/fp/abw/aun/>). Das Bündnis besteht aus verschiedenen Bündnispartner*innen, nicht nur aus Bielefeld, sondern aus ganz OWL (Beispiel Handwerkskammer OWL). Siehe unter: <https://www.bielefeld.de/de/biju/fp/bff/>.

Darüber hinaus bestehende Bedarfe und Problemfelder sollten an uns herangetragen werden. Diesbezüglichen Initiativen sagen wir unsere Unterstützung zu.

- **1.4. Planen Sie bei der Vergabe von kommunalen Aufträgen oder sonstigen Leistungen nachhaltige Care-Konzepte - dem Equal Care Manifest - entsprechend mit zur Bedingung bei der Vergabe zu machen?**

Wir werden im Rahmen der Vergaberichtlinien für kommunale Aufträge prüfen, an welchen Stellen Möglichkeiten bestehen und dieses „Sozialkriterium“ in die Wertung für Vergaben einfließen kann. Es wäre nicht seriös nun zu behaupten, dass dies auf jeden Fall spürbaren Einfluss auf die Vergaben haben wird. Die Vergabekriterien sind aus unserer Sicht eher ein schwacher Hebel, um diesbezüglich positive Veränderungen anzustoßen.

2. Frau und Wirtschaft

- **2.1 In Bielefeld sind Frauen nach wie vor seltener in Führungsfunktionen der Wirtschaft zu finden. Mit welchen Impulsen wollen Sie diese Situation verändern?**

An dieser Stelle gibt es in der Kommunalpolitik aus unserer Sicht keine direkten Einflussmöglichkeiten. Steuerliche Anreize z.B. bei mehr Frauenförderung sind rechtlich aus Diskriminierungsgründen wohl nicht möglich. Über Kampagnen und Appellen hinaus sind wir an weiteren Möglichkeiten interessiert um hier gezielte Impulse setzen zu können. Ihre Unterstützung, um gemeinsam darüber hinaus mögliche Wege suchen, nehmen wir gern an.

- **2.2. Was sind Ihre Vorstellungen, wie in den Arbeitsfeldern der Wirtschaftsförderung Geschlechtergerechtigkeit stärker praktiziert werden soll?**

Unsere städtische Wirtschaftsförderungsgesellschaft WEGE mbH hat dazu bereits mehrere Konzepte erarbeitet, die wir politisch genauso auch unterstützt haben und weiterhin unterstützen werden:

<https://www.wege-bielefeld.de/fachkraefte-nachwuchs/frauen-und-arbeitswelt/>

Die regelmäßig vorgestellten Berichte und Evaluationen, sowie vorgelegten Kennziffern im Sozial- und Gesundheitsausschuss zeichnen eine positive Entwicklung, welche wir auch zukünftig unterstützen werden.

- **2.3. Mit welchen Maßnahmen wollen Sie bei Existenzgründungen Geschlechtergerechtigkeit unterstützen? Mit welchen Netzwerken wollen Sie hier Impulse setzen?**

Die Handwerkskammer OWL, die IHK, die WEGE, aber auch die Jobcenter mit angegliederter Jugendberufsagentur über die REGE sind untereinander stark vernetzt und arbeiten auch in der Konzeption neuer Förderprogramme eng verzahnt zusammen. Die Netzwerke bestehen bereits. Sollten sich aus dem Netzwerk heraus oder durch weitere Initiativen zusätzliche Bedarfe geben, werden wir anstreben, diesen zu entsprechen. Weiteren parallel laufenden oder neu zu gründenden Netzwerken stehen wir jedoch kritisch gegenüber, da aus unserer Sicht die Energien gezielt gebündelt werden sollten, um eine möglichst große Reichweite und Durchdringung, und damit eine große Effektivität zu erzielen.

- **2.4. Was wollen Sie tun, damit auch alleinerziehenden Frauen die Aufnahme einer existenzsichernden Beschäftigung erleichtert wird?**

Programme von Jobcenter, Jugendberufsagentur, aber auch der Bielefelder Bürgerstiftung (Projekt Aline), sowie ausreichend Betreuungsplätze für Kinder im Kita- und Schulalter helfen alleinerziehenden Frauen bereits seit Jahren, ihre Bildungsbiographie vollenden zu können und sich auch nach der Familienzeit weiter qualifizieren zu können. Die Evaluationsergebnisse und Berichte der Jugendberufsagentur und des Jobcenters im Jugendhilfeausschuss belegen die Wirksamkeit dieser Programme.

- **2.5. Welche Maßnahmen planen Sie, um berufliche Einstiegs- und Entwicklungsmöglichkeiten für Mädchen und Frauen mit Migrationshintergrund zu verbessern?**

Jugendhilfeträger bspw. in Freizeitzentren, aber auch Migrantenvereine, das Jobcenter und die Jugendberufsagentur haben in den vergangenen Jahren für diese Zielgruppe bereits gut funktionierende und akzeptierte Angebote und Fördermöglichkeiten entwickelt. Sie verfügen über langjährige Erfahrung, was die Bedarfe der Mädchen und Frauen angeht und können dafür bedarfsgerechte Angebote entwickeln. Darüber hinausgehend sind uns derzeit keine Bedarfe bekannt oder angemeldet worden. Zuletzt haben wir als BÜRGERNÄHE in der Kooperation die Leistungs- und Finanzierungsvereinbarungen mit den Trägern neu abgestimmt, die Projekte finanziell noch einmal unterfüttert und zusätzlich die Sachkostensteigerungen mit übernommen, welche bislang nicht berücksichtigt waren.

3. Die Stadt und kommunale Betriebe als Arbeitgeber

- **3.1. Befürworten Sie die Einführung einer Quote für Frauen in Aufsichtsräten und Vorständen von Bielefelder Beteiligungsgesellschaften? Wenn ja, wie planen Sie sich dafür konkret einzusetzen?**

Uns ist wichtig, dass Frauen gezielt gefördert werden, um gleiche Chancen zu haben und ihnen ggf. Nachteilsausgleiche aufgrund von Familienzeiten eingeräumt werden.

Eine paritätische Besetzung von Aufsichtsräten und Vorständen streben wir an. Wir wollen uns dabei jedoch nicht auf Mann und/oder Frau festlegen, da das Geschlecht nicht wichtiger als die Qualifikation sein sollte. Wir berücksichtigen zudem, dass es auch Menschen gibt, die der Zweigeschlechtlichkeit nicht entsprechen können oder wollen. Diese sind in der bestehenden Geschlechterordnung marginalisiert.

- **3.2. Was werden Sie unternehmen, um die Kultur in der Stadtverwaltung sowie in den kommunalen Betrieben dahingehend zu verändern, dass die Möglichkeit von Führen in Teilzeit selbstverständlicher wahrgenommen wird und auch mehr Männer Möglichkeiten zur besseren Vereinbarkeit von Beruf, Familie, Pflege und Care-Arbeit in Anspruch nehmen?**

Der Anteil weiblichen Personals in der Verwaltung ist höchst unterschiedlich in den jeweiligen Dezernaten verteilt. So gibt es Dezernate mit weit über 70% Frauenanteil, bei den Dezernatsleitungen jedoch nur eine Frau. **Der öffentliche Dienst lässt bereits die Möglichkeit zu, Stellen nur in Teilzeit zu besetzen.** Dieses Angebot wird auch stark nachgefragt, gerade bei pflegebedürftigen Familienmitgliedern oder Kindern im schulpflichtigen Alter. Männer nehmen die Möglichkeit der Elternzeit überdurchschnittlich oft an, wenn sie im öffentlichen Dienst beschäftigt sind. In der freien Wirtschaft ist die Quote deutlich geringer.

- **3.3. Was werden Sie tun, um den Frauenanteil in MINT-Berufen sowie den Anteil von Frauen im IT-Bereich in kommunalen Unternehmen zu erhöhen?**

Die Bielefelder Schulen haben bereits in ihren Konzepten naturwissenschaftliche Schwerpunkte (Sekundarschule Königsbrügge mit Profilklassen, Gymnasien mit MINT Schwerpunkt wie das Ceciliengymnasium und auch die Brackweder Realschule ist als MINT-Schule ausgezeichnet). Die kommunale Schulpolitik hat keinen und darf auch keinen Einfluss auf die Konzepte der Schulen nehmen, sie ist als Träger (nur) für die räumliche und sächliche Ausstattung der Schule zuständig. Bezüglich des Frauenanteils im IT-Bereich kommunaler Unternehmen besteht bereits seit mehreren Jahren die Absprache, dass Frauen bei gleicher Qualifizierung bevorzugt eingestellt werden. Dies ist auch in den Ausschreibungen so formuliert.

4. Finanzen

- **4.1. Planen Sie das finanzpolitische Instrument Gender Budgeting als Entscheidungsgrundlage für eine gezielte Gleichstellungspolitik einzuführen?**

Auf kommunaler Ebene, also der städtischen Verwaltung und den Eigenbetrieben ist dies bislang noch nicht diskutiert worden. Auf Bundesebene war dies zuletzt 2006 Thema und wurde als ungeeignet eingeschätzt. Auch die Opposition hat dieses Thema seitdem nicht mehr aufgegriffen. Außer Österreich gibt es bislang kein EU-Land, welches dieses Instrument einsetzt. An diesbezüglichen Diskussionen und Bestrebungen zur Einführung beteiligen wir uns.

- **4.2. Werden Sie Gender Budgeting in die Zielvorgaben für den kommunalen Haushalt integrieren?**

Wir werden uns dafür einsetzen, dass die Stadt Bielefeld so etwas wie ein „KURSBUCH GLEICHSTELLUNGSORIENTIERTE HAUSHALTSSTEUERUNG GENDER BUDGETING“ erarbeitet. Siehe: https://www.finanzen.bremen.de/sixcms/media.php/13/2018_06_29%20HaFa-Vorlage%20Gender%20Budgeting%20Teil%20B.pdf

- **4.3. Welche gleichstellungsorientierten Ziele sollen im wirkungsorientierten Haushaltsplan in Zukunft verstärkt berücksichtigt werden?**

Wir wollen in der Stadt Bielefeld, dass bei der Haushaltsführung die Grundsätze der Wirkungsorientierung, insbesondere auch unter Berücksichtigung des Ziels der tatsächlichen Gleichstellung von Frauen und Männern beachtet werden. Dafür sind in der Stadt Bielefeld allerdings erst einmal die Vorgaben zu erarbeiten (siehe Antwort vorherige Frage).

- **4.4. Planen Sie, auch die spezialisierten Fach-Projekte der unterschiedlichen frauen- und Mädchenspezifischen Einrichtungen auskömmlich zu finanzieren? Wenn ja, wie?**

Wie bereits unter 2.5. erwähnt, haben wir nicht nur die Sachkosten, sondern auch die Personalkosten im letzten Verfahren der Neuausgestaltung der Leistungs- und Finanzierungsvereinbarungen deutlich erhöht (https://awo-bielefeld.de/leistungsvertraege_2020-2022/). Die Finanzbedarfe wurden seitens der Träger in einem dialogischen Verfahren angemeldet. Im Rahmen der finanziellen Ressourcen wurde den Bedarfen auch stattgegeben. Wir haben vor allem die Übernahme der Personalkostensteigerung sowie die Dynamisierung bei den Sachkosten erreicht. Mädchenspezifische Einrichtungen waren über ihre Trägervertretung in den Prozess eingebunden und konnten Bedarfe anmelden.

5. Digitale Stadt

- **5.1. Welche Impulse wollen Sie im Bereich der Digitalisierung setzen, um die Gleichstellung der Geschlechter und die Chancengleichheit voran zu bringen?**

Aus Studien wissen wir, dass es bei der Umsetzung der Digitalisierung einen "Digital Gender Gap" gibt. Frauen sind in der digitalisierten Arbeitswelt benachteiligt.

Laut Studien (<https://www.forschung-und-lehre.de/karriere/geschlechter-unterschied-bei-digitalisierung-2422/>) muss z.B. die digitale Ausstattung im Beruf vor allem bei Teilzeitbeschäftigten verbessert werden, da der Frauenanteil in Teilzeit höher ist.

„Dadurch, dass Frauen und Männer überwiegend in unterschiedlichen Branchen und Berufen tätig sind, existiert ein Ungleichgewicht bei den Weiterbildungsangeboten, heißt es in der Studie. Während eher technisch ausgerichtete Weiterbildungen zur Digitalisierung bereits früh angeboten wurden, seien ähnliche Initiativen in den stark weiblich besetzten Branchen (Büro- und Verwaltungsbereiche, persönliche Dienstleistungen, Pflege und Soziale Arbeit) deutlich später ergriffen worden. Die Teilnahme an bezahlten Schulungen sei entsprechend unter Männern weiter verbreitet als unter Frauen.

Mädchen und Frauen werde der Zugang zur Gestaltung der digitalen Welt durch Geschlechterklischees und traditionelle Rollenbilder erschwert, so Professorin Barbara Schwarze. "Wir brauchen ein gezieltes digitales Empowerment von Mädchen und Frauen entlang der gesamten Bildungskette", forderte die Vorsitzende des Kompetenzzentrums Technik-Diversity-Chancengleichheit, einem Institut der Fachhochschule Bielefeld. Die Autorinnen und Autoren [der Studie](#) empfehlen Arbeitgebenden, die Ausstattung mit mobilen Geräten geschlechtergerecht zu gestalten und ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für flexible Arbeitsformen entsprechend zu schulen. Bei Aus- und Weiterbildungen müsse zudem auf geschlechterspezifisches Lernen geachtet werden – für die Lernenden wie für die Lehrkräfte.“

Wir werden zu diesem Bereich mit kompetenter Unterstützung die Erfordernisse erkunden und ein Konzept für die Umsetzung entwickeln.

- **5.2. Sehen Sie in der Digitalisierung Chancen für verbesserte und unmittelbarere Formen der Bürgerbeteiligung? Welche Beteiligungsformate planen Sie, damit auch Frauen sich ernsthaft beteiligen können?**

Ja! Siehe auch <https://www.polyas.de/blog/de/digitale-demokratie/buergerbeteiligung-formen>

Das Internet ist geschlechtsneutral und Beteiligungsformate können von Personen jeden Geschlechts genutzt werden. Videokonferenzen, Umfragen, aber auch Diskussionsforen sind unabhängig von der geschlechtlichen Identität, eine Verweigerung der Beteiligung im Internet sehen wir erst einmal nicht, da Beteiligung über das Internet zeitlich und örtlich unabhängig von festen Terminen stattfinden kann. Grundsätzlich erfordert gesellschaftspolitische Beteiligung ein großes Maß an Engagement. Digitalisierte Beteiligungsformate bieten aus unserer Sicht eine bessere Vereinbarkeit von Care-Arbeit und Beteiligung, als mit physischen Vor-Ort-Formaten.

- **5.3. Wie wollen Sie der Gefahr von Gewalt im Netz gegen Frauen (Cyber Harassment) im kommunal beeinflussbaren Bereich frühzeitig und konsequent begegnen?**

Wir unterstützen alle Ansätze und Initiativen zum Schutz gegen digitale Gewalt gegen Frauen. Siehe auch <https://beobachtungsstelle-gesellschaftspolitik.de/f/3e2360fae0.pdf>.

Die Kompetenzen für wirksame Programme liegen allerdings bei den Frauenberatungsstellen, aber auch bei Vereinen wie Eigensinn e.V.. Diese sind über die Leistungs- und Finanzierungsvereinbarungen seitens der Stadt Bielefeld unterstützend finanziert. Diese Vereine betreiben sehr gute Aufklärungsarbeit im Bereich der Prävention, aber auch Intervention, sobald es zu Hate Speech oder Cyber Harassment gekommen ist.

6. Öffentlicher Raum und Sicherheit

- **6.1. Was muss aus Ihrer Sicht getan werden, um eine geschlechtergerechte Stadtplanung und Stadtentwicklung umzusetzen? Was werden Sie tun, um das zu erreichen?**

Wir wollen auch in der Stadt Bielefeld einen Leitfaden für Gender Mainstreaming in der Stadtentwicklung erarbeiten (siehe https://www.stadtentwicklung.berlin.de/soziale_stadt/gender_mainstreaming/download/gender_deutsch.pdf).

Wir wollen für eine bedürfnisorientierte Stadtplanung Planungsprozesse mit einem hohen Grad an Bürger*innenbeteiligung durchzuführen. So fließen die unterschiedlichsten Bedarfe in Planungsprozesse ein und im Ergebnis wird eine hohe Wirksamkeit und Akzeptanz erreicht. Wir setzen uns daher für die Einrichtung einer Koordinierungsstelle für Partizipation (Partizipationsbeauftragte/er) ein, die Beteiligungsprozesse bei wichtigen Planungen vorschlagen, professionell initiieren und durchführen.

- **6.2. Welche Pläne haben Sie, um den öffentlichen Raum so zu gestalten, dass spezifische Bedürfnisse von Mädchen und Frauen berücksichtigt werden (z.B. kurze Wege, dezentrale Infrastruktur, Barrierefreiheit)? Wie soll nach Ihren Vorstellungen der sichere und angstfreie Aufenthalt für Mädchen und Frauen im öffentlichen Raum und in den öffentlichen Grünanlagen konkret gestaltet werden?**

Siehe Antwort zu **6.1.**: Für eine bedürfnisorientierte Stadtplanung ist es wichtig, Planungsprozesse auch mit der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen durchzuführen. Dort können alle Bedarfe abgefragt werden und in den Ergebnissen eine hohe Wirksamkeit und Akzeptanz erreicht werden. Wir setzen uns daher für die Einrichtung **einer Koordinierungsstelle für Partizipation** ein, die genau die Bedarfe und Wünsche abfragen und herausarbeiten.

7. Wohnen und Umwelt

- **7.1. Wie wollen Sie, eine geschlechtersensible Wohnraumversorgung in Bielefeld schaffen?**

Wir sind diesbezüglich in Bielefeld im Vergleich zu anderen Städten (siehe: https://difu.de/sites/difu.de/files/endbericht_komplett_gender_fuer_publication.pdf) noch ganz am Anfang, versprechen aber uns „auf den Weg zu machen“!

Das Studierendenwerk Bielefeld praktiziert z.B. bereits seit vielen Jahren eine geschlechtersensible

Wohnraumversorgung in Bielefeld, indem in Erdgeschosswohnungen bevorzugt Männer, in oberen Geschossen bevorzugt Frauen beherbergt werden. Auch Wohnprojekte wie Beginenhöfe, bereits auch in Senne existierend, und (Übergangs-)Wohnheime für Männer und Frauen sind Teil der Bielefelder Stadtgesellschaft.

- **7.2. Wie bringen Sie die Ausweisung von Wohnraum mit Umweltaspekten (Natur, Luft) in Einklang? Wie will Ihre Partei der Landschaftszersiedlung und dem Flächenfraß konkret begegnen?**

Um den wachsenden Bedarf an Wohnraum und dem Prinzip eines sparsamen Umgangs mit der Ressource „Bauland“ nachzukommen, haben für uns die Strategien der Innenentwicklung und Nachverdichtung in der bestehenden Infrastruktur oberste Priorität (Potentiale: siehe auch Deutschlandstudien 2016 und 2019). Zusätzlich zu den noch ungenutzten Flächenpotenzialen durch Aufstockungen von Wohngebäuden, Einzelhandel, Discountern, Märkten, Parkhäusern und der Überbauung des Ostwestfalendamms mit neuen Wohngebieten, wollen wir zusätzliche Wohnungen durch die Umnutzung von immer noch bestehenden Leerständen auch in Büro- und Verwaltungsgebäuden (z.B. durch Home-Office) nutzen. Dazu brauchen wir auch ein professionelles Wohnungsmanagement in unserer Verwaltung.

Im Juli 2019 haben wir im Bielefelder Stadtrat eine neue Baulandstrategie beschlossen. So sollen die Spekulation mit Flächen eingedämmt und die Grundstückspreise niedrig gehalten werden. Als Zwischenhändler will die Stadt keinen Gewinn machen. Sie gibt das Bauland an Investoren weiter, wenn diese bestimmte soziale Voraussetzungen erfüllen. Dadurch soll mehr geförderter Wohnungsbau entstehen, der Familien und einkommensschwachen Nutzern zu Gute kommt. Die Bielefelder Gesellschaft für Wohnen und Immobiliendienstleistungen mbH (BGW) soll möglichst viel Wohnraum erstellen und ankaufen und den Bürgerinnen und Bürgern zu günstigen Mieten zur Verfügung stellen (Beispiel Wien, London). BÜRGERNÄHE will bei den Bewerbern um Wohnungen bei der BGW erreichen, dass Menschen, die im näheren Umkreis (von 3 km) von freien Wohnungen arbeiten, ein Vorrecht bei der Vergabe von Wohnungen eingeräumt wird. Dies soll auch als Appell an alle anderen Wohnungsbaugenossenschaften und privaten Vermieter gelten.

Der Flächenverbrauch darf nicht weiter unkontrolliert und ohne Prüfung von Alternativen steigen. Bei jedem Bebauungsplan ist der Bielefelder Beirat für Stadtgestaltung mit einzubeziehen. Brachflächen und ehemalige Firmengrundstücke sind bei neuer Wohnbebauung und Gewerbeansiedlung einer Grünfläche vorzuziehen.

Für neue Straßen müssen bestehende Straßen zurückgebaut werden.

Mit z.B. der Unterstützung von Initiativen wie „Transition Town“ kann den Bewohnerinnen und Bewohnern die kleinräumige, gärtnerische Nutzung von städtischen Grundstücken angeboten werden (urbaner Gartenbau). Diese Nutzung gewinnt aufgrund des urbanen Bevölkerungswachstums, der Reduktion landwirtschaftlicher Anbauflächen als Folge des Klimawandels und durch die Wanderbewegungen aus ländlichen Regionen in unsere Stadt, insbesondere auch für Beschäftigungslose und zur Armutsbekämpfung, zunehmend an Bedeutung.

Wir wollen unsere Bielefelder Naturräume bewahren. Unser Wald, zahlreiche Auen, Feuchtwiesen und Niederungen sind ökologisch wertvolle Biotope, die auch den immer wichtiger werdenden Hochwasserschutz übernehmen. Wir wollen, über das beschlossene Naturschutzkonzept hinaus, die Johannisbachaue unter Naturschutz stellen. Sie gehört zu den wenigen noch verbliebenen größeren innerstädtischen Naturräumen. An ihrem mäandrierenden Lauf hat sich ein artenreiches Biotop entwickelt für dessen Schutz wir uns weiterhin einsetzen werden. Im weiteren Verlauf der Aue finden wir weite Feuchtwiesen als natürliche Überflutungsflächen bei Hochwasser. Deren Nutzen hat sich gerade bei den

letzten Starkregenereignissen deutlich gezeigt. Wir fordern daher, die Johannisbachau als Ganzes und ohne bauliche Ausnahmen, beispielsweise durch den Neubau von Herforder oder Grafenheider Straße, unter Naturschutz zu stellen!

Wir haben es im Juni 2019 nach vielen Jahren Einsatz endlich geschafft, mit unserer Mehrheit als Koalition im Stadtentwicklungsausschuss und Rat den Strothbachwald in Sennestadt im Flächennutzungsplan als Naturschutzgebiet auszuweisen. Denn es handelt sich hier um ein Gebiet, das neben seinem alten Mischwaldbestand mit Buchen und Eichen insbesondere eine seltene, schützenswerte Tierwelt beherbergt. Ein Abholzen hätte zu einem unwiederbringlichen Verlust dieses Lebensraums geführt, welcher auch nicht durch Anpflanzung von Ersatzflächen o. ä. kompensiert werden kann.

Die Baderbachau in Heepen soll im Bestand erhalten bleiben. Der skandalösen Politik der Bezirksvertretung Heepen, Freiflächen der Aue entgegen den Empfehlungen des Umweltamtes sowie des Landschaftsbeirates als Bauland ausweisen zu lassen, stellen wir uns entschieden entgegen.

Wir sind gegen ein geplantes Gewerbegebiet in Milse/Altenhagen, das rund 26 ha wertvolle Ackerfläche vernichten würde, und die Elverdisser Straße zusätzlich durch LKW-Verkehre belasten würde. Wir treten dafür ein, wertvollen Ackerboden nicht weiter für Gewerbeflächen zu zerstören. Statt nachhaltige Kreislaufwirtschaft („Cradle to Cradle“) zu fördern, haben die etablierten Bielefelder Parteien hektarweise Ackerflächen, u.a. für den Umzug von Autohäusern aus der Stadt auf die grüne Wiese geopfert.

Wir fordern die Erschließung der Bielefelder Gewerbebrachen gerade in der Innenstadt, um weiteren Flächenfraß zu vermeiden und die vorhandene Verkehrsinfrastruktur effizient zu nutzen.

Weiteren Baulandausweisungen für Wohnsiedlungen an den Stadträndern stehen wir kritisch gegenüber, um die Folgen von Zersiedelung, zunehmendem Verkehr, steigenden Kosten durch städtische Versorgungsinfrastruktur und weiten Schulwegen für die Kinder zu vermeiden.

Wir wollen: in Parkanlagen ein Drittel der Grünflächen der Natur überlassen. Vegetationsbedeckte Freiflächen und Begrünungsmaßnahmen verbessern die Luftfeuchtigkeit und vermindern die lokale Überhitzung. Sie tragen zu einer Verbesserung des Kleinklimas bei. Sie schaffen Refugien für zahlreiche Tiere und Pflanzen und erhöhen den Wohn- und Erholungswert. Geschlossene, höhere Vegetationsdecken besitzen außerdem eine Filterwirkung gegenüber Schadstoffen.

- **7.3. Welche Ansätze verfolgen Sie, um die bürgerschaftliche Mitwirkung und nicht-formelle Beteiligung bei vorhaben- und themenbezogenen Gestaltungs- und Planungsprozessen zu verstetigen?**

Wir unterstützen die Anregung der Gruppe „Mehr Demokratie Bielefeld“ zur Bestellung einer/s Partizipationsbeauftragten für die Stadt Bielefeld. Sinnvoll ist eine solche Stelle im Stab der/des Oberbürgermeisters*in. Zur Unterstützung braucht es eine zentrale Koordinierungsstelle für Bürgerbeteiligung. Eine erste Aufgabe soll die Erarbeitung und Formulierung von Leitlinien für die Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern an Projekten wie z.B. an Prozessen der räumlichen Stadtentwicklung sein.

Bürger*innenbeteiligung bedeutet mehr demokratische Teilhabe. Seit unserer Gründung fördern und unterstützen wir das Engagement von Bürger*innen-Initiativen. Wir setzen uns für mehr direkte Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern an städtischen Planungen und Entscheidungen, insbesondere auch am städtischen Haushalt ein. Bürgerschaft, Verwaltung und Kommunalpolitik sollen eng zusammenarbeiten. So kann der Sachverstand von Bürgerinnen und Bürgern in der politischen Entscheidungsfindung z.B. als "Bürgergutachten" einfließen.

Diese Bürgergutachten sollen gleichwertig neben anderen Fachbeiträgen die politischen Entscheidungen über die Planungen mit beeinflussen. Damit schafft Bürger*innenbeteiligung Transparenz und Vertrauen. Entscheidungswege werden für die Öffentlichkeit besser nachvollziehbar.

Wir wollen den Bielefelder „Bürger*innenhaushalt“ einführen, in dem die Bürgerinnen und Bürger über die städtischen Ausgaben und Investitionen mitentscheiden können.

Eine Stadt mit intensiver Beteiligungskultur fördert eine verantwortungsvolle "Bürgergesellschaft", in der die Menschen in ihrem Sinne mitreden können. Wir wollen, dass der heutige Bürgerausschuss in Bürger*innen-Beteiligungsausschuss umbenannt wird und mehr Kompetenzen bekommt. Er soll über die Durchführung von Bürgerbeteiligungsverfahren bei städtischen Planungen und Projekten mitentscheiden.

- **7.4. Welche konkreten Maßnahmen haben Sie vor, um die Verteilung von Wohnraum für die Zielgruppen der alleinerziehenden Frauen und Seniorinnen bedarfsgerechter zu gestalten und innovative Wohnraumprojekte zu fördern?**

BÜRGERNÄHE und PIRATEN wollen bei den Bewerbern um Wohnungen bei der BGW erreichen, dass Menschen, die im näheren Umkreis (von 3km) von freien Wohnungen arbeiten, ein Vorrecht bei der Vergabe von Wohnungen eingeräumt wird. Dies soll auch als Appell an alle anderen Wohnungsbaugenossenschaften und privaten Vermieter gelten.

BÜRGERNÄHE und PIRATEN wollen die Sozialbauquote für bezahlbaren Wohnraum in Bielefeld von derzeit 25% auf 40% erhöhen, davon profitieren dann auch bislang benachteiligte Gruppen (Alleinerziehende, Senior*innen). In Freiburg liegt die Quote bereits bei 50%, in Wien bei zwei Drittel.

Dabei wollen wir eine differenzierte Anwendung. In Quartieren mit hoher SGBII-Betroffenheit soll die Sozialquote geringer ausfallen, in bessergestellten Stadtteilen wird sie im Gegenzug erhöht, damit die Quote auf die gesamte Stadt gerechnet auf mindestens 40% steigt.

In Quartieren, in denen bislang wenig sozialer Wohnungsbau vorhanden ist, kann die Quote auch auf mehr als 40 Prozent angehoben werden. Das Ziel ist eine bessere soziale Durchmischung der Stadtteile.

Auch die städtische Wohnungsbaugesellschaft BGW soll nicht, wie zunächst geplant, jährlich 50 sondern 100 Sozialwohnungen bauen. Wir werden darauf hinarbeiten, dass Planungsprozesse im Rahmen einer ergebnisoffenen Bürgerbeteiligung entwickelt werden, z.B. mit "Bürgergutachten" (s.o.).

- **7.5. Planen Sie bei der Vergabe von kommunalen Aufträgen oder sonstigen Leistungen nachhaltige Umweltschutz-Konzepte mit zur Bedingung der Vergabe zu machen?**

Das geschieht bereits jetzt schon, beispielsweise bei der Vergabe von Cateringaufträgen für das Schulessen. Regionalität zählt als Wertungsfaktor mit in das Endergebnis rein. Cradle2Cradle gibt es ebenfalls bei städtischen Bauprojekten als Vorgabe. Wir streben ein Wirtschaften ohne Abfall an. Alle Materialien sind Wertstoffe, die weitgehend in Kreisläufen wieder verwendbar sind. Das Prinzip heißt „Cradle to Cradle“ (C2C). Die Voraussetzung dafür ist ein umweltverträgliches Produktdesign.

Alle anstehenden Neubaumaßnahmen und Sanierungen städtischer Gebäude sind, so weit wie heute schon möglich, in nachhaltiger Bauweise auszuführen, so dass die eingesetzten Materialien später ohne großen Aufwand wiederverwendet werden können.

Die Stadt Bielefeld soll die Idee einer C2C-Modellregion weiter vorantreiben und das bestehende C2C-Netzwerk noch stärker unterstützen.

8. Beratung und Hilfe für von Gewalt betroffene Mädchen und Frauen

- **8.1. Wie bewerten Sie die bestehenden Beratungs- und Hilfsangeboten für von häuslicher Gewalt und/oder sexualisierter Gewalt betroffenen Mädchen und Frauen in Bielefeld? Mit welchen konkreten Maßnahmen planen Sie, die Situation der nur projektfinanzierten Angebote zu verbessern?**

Die Beratungs- und Hilfsangebote sind nicht ausschließlich projektfinanziert, sondern freie Träger übernehmen kommunale Pflichtaufgaben und erhalten dafür Zahlungen in Form von Leistungs- und Finanzierungsvereinbarungen. Es gibt vielfältige Angebote für Mädchen und Frauen seitens verschiedenster Träger und Initiativen, gleichwohl aber zu wenige Plätze in Frauen-, Mädchen-, aber auch Männerwohnheimen. Hier gibt es einen Nachsteuerungsbedarf, da auch überregional die Versorgung mangelhaft ist und vermehrt auch die Nachbarkreise unsere vorhandene Infrastruktur in Anspruch nehmen. Projekte, die ausschließlich aufgrund ihres Projektstatus finanziert werden, steht es frei, sich in den Verhandlungsrunden zu Leistungs- und Finanzierungsvereinbarungen einzubringen oder dies über ihre Trägervertretung anzustoßen.

- **8.2. Wie wollen Sie die psychosozialen Beratungs- und Unterstützungsangebote für Menschen mit Flucht- und Migrationserfahrung und hier insbesondere die Angebote für von Gewalt betroffenen und potentiell traumatisierten Mädchen und Frauen dauerhafter sicherstellen?**

Mit Hilfe einer Regelfinanzierung über Leistungs- und Finanzierungsvereinbarungen.

- **8.3. Planen Sie präventive Maßnahmen zur Bekämpfung von Sexismus, sexualisierter Gewalt und gruppenbezogener Diskriminierung aufgrund von Geschlecht und Sexualität?**

In Bielefeld gibt es bereits das Büro für integrierte Sozialplanung, sowie das Gleichstellungsbüro und eine Beauftragte zur Umsetzung des LSBTQI*-Konzeptes. Diese sind alle sehr gut vernetzt mit sämtlichen Akteuren, die in dem Themenfeld bereits seit vielen Jahren und mit viel Expertise unterwegs und erfolgreich sind.

9. Repräsentanz von Frauen

- **9.1. Haben Sie Konzepte, um den Frauenanteil im Rat und in den Bezirksvertretungen zu erhöhen? Wenn ja, was ist konkret geplant?**

Um Frauen für Kommunalpolitik zu begeistern, müssen im Vorfeld Weichen so gestellt sein, dass das ehrenamtliche Mandat mit den Aufgaben der Care-Arbeit vereinbar ist. Unsere Wähler*innengemeinschaft hat für die Kommunalwahl am 13. September mehr Frauen als Männer aufgestellt. Wir fördern interessierte Frauen durch Teilnahme an Veranstaltungen des Helene Weber Kollegs oder anderen Fortbildungen, um sie zu empowern. Eine weitere „Baustelle“ aus unserer Sicht gibt es insgesamt bei der repräsentativen Abbildung der Bevölkerung in der Kommunalpolitik: der Altersdurchschnitt ist zu hoch, es gibt kaum Menschen mit Migrationserfahrungen. Auch hier gibt es Handlungsbedarf.

- **9.2. Unter den 11 Ehrenbürgern der Stadt Bielefeld findet sich nur eine einzige Frau (Verleihung 1934). Was unternehmen Sie, damit bei hohen Auszeichnungen (insbes. Ehrenbürgerschaft, Ehrenring) herausragende Bielefelder Frauen angemessen berücksichtigt werden?**

Ehrenbürgerschaften werden unter anderem für langjähriges, ehrenamtliches Engagement verliehen. Bielefeld hat auch Frauen, die dieses Kriterium erfüllen. Wir werden die Vereine explizit darauf hinweisen, dass sie überdurchschnittlich stark engagierte Frauen vorschlagen sollen. Das Vorschlagsrecht steht allen Bielefelder*innen, Vereinen und Organisation frei.

Unsere Stellungnahme am Schluss:

Vielen Dank für die Zusendung ihrer Wahlprüfsteine!

Wir sind 2004 aus den Bielefelder Bürger*innen-Initiativen aktiv in die Kommunalpolitik gegangen und seit dieser Zeit im Stadtrat vertreten. Seit der Kommunalwahl 2014 bilden wir zusammen mit den PIRATEN erfolgreich als Ratsgruppe BÜRGERNÄHE/PIRATEN in der Koalition mit SPD, Grünen und dem Oberbürgermeister die politische Mehrheit im Bielefelder Stadtrat.

Gerade in der letzten Wahlperiode haben wir in der Koalition sehr viele Initiativen umsetzen können, und Erfahrungen gesammelt, mit denen wir auch in der nächsten Wahlperiode unsere Wähler*innen, insbesondere auch die aus den Initiativen mit ihrem Projekten vertreten wollen.

Ihre Wahlprüfsteine formulieren für die Entwicklung der Stadt Bielefeld einige wichtige und große Vorhaben. Diese werden wir nur mit ihrer aktiven Unterstützung umsetzen können! Deshalb werden wir sie nach der erfolgreichen Kommunalwahl einladen, um die Möglichkeiten einer zukünftigen Zusammenarbeit abzuklären. Ihre Kompetenzen sind für unsere politische Arbeit von besonderer Bedeutung.

Bielefeld, im August 2020

Gordana Rammert, Oberbürgermeisterkandidatin für BÜRGERNÄHE und PIRATEN

Weitere Infos über unsere Initiativen und unsere Wahlprogramm finden sie unter: www.buergernaehede.de